Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1924

1.3.1924 (No. 52)

Visual Library

№ 52 Samstag, den 1. März 1924 167. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 3,— Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen.

Amtlicher Teil

Vermögensteuervorauszahlungen auf 29. Februar 1924

** Wer bis zum 29. Februar 1924 sein Vermögen nach dem Stande vom 31. Dezember 1923 mit annähernder Zuverlässigkeit errechnen kann und dabei zu dem Ergebnis kommt, daß die Hälfte der hiernach berechneten Vermögensteuer das Dreifache (bezw. bei Erwerbsgesellschaften das Sechsfache) der zweiten Brotversorgungsrate erheblich übersteigt, was im allgemeinen nur bei reinem Kapitalvermögen vorkommen wird, kann als Vorauszahlung auf die Vermögensteuer die Hälfte der von ihm errechneten Vermögensteuer einzahlen und gleichzeitig beim Finanzamt unter Darlegung der Grundlagen der Berechnung Stundung des Unterschiedsbetrages beantragen.

Letzte Anmeldefrist für Forderungen im Ausgleichsverfahren

** Damit das Reichsausgleichsamt die Möglichkeit hat, sämtliche deutschen am Ausgleichsverfahren teilnehmenden Forderungen bis zum 30. April 1924 den gegnerischen Ämtern zuzuleiten, wurde durch die Verordnung über die Anmeldung deutscher Forderungen beim Reichsausgleichsamt vom 22. Dezember 1923 (Reichsgesetzblatt Teil I Seite 1244) angeordnet, daß sämtliche **ausgleichsfähigen Forderungen** von den Beteiligten, soweit dies bisher noch nicht geschehen ist, nachträglich mit größter Beschleunigung, spätestens jedoch **bis zum 31. März 1924 beim Reichsausgleichsamt anzumelden** sind. Dieser Aufforderung ist bisher nur in verhältnismäßig geringem Umfange Folge geleistet worden. Es wird deshalb wiederholt darauf hingewiesen, daß nach dem angegebenen Zeitpunkt — 31. März 1924 — keinerlei Möglichkeit mehr besteht, Forderungen im Ausgleichsverfahren zur Geltung zu bringen. Wo also noch solche Forderungen bestehen **und zwar auch solche öffentlich-rechtlichen Charakters im Verhältnis zu Elsaß-Lothringen** sind sie unverzüglich bei der zuständigen Zweigstelle anzumelden.

Die internationale Vereinigung für Kinderhilfe, Genf

wurde Anfangs 1920 gegründet, um notleidenden Kindern aller Länder, ohne Unterschied der Nationalität, des Stammes oder des Bekenntnisses, Linderung und Hilfe zu verschaffen. Die Vereinigung bildet einen Verband von ca. 50 Kinderhilfsvereinen der ganzen Welt, und genießt die praktische Unterstützung aller Kirchen, sowohl der römisch-katholischen und orthodoxen, wie auch der protestantischen, jüdischen und muselmännischen Gemeinden. Freiwillige Gaben aus allen Weltteilen speisen einen internationalen Fonds, aus welchem bereits über **eine Million** Kindern in etwa **vierzig Ländern** Unterstützung genossen haben.

Der Vertreter der J. V. K. in Berlin-Charlottenburg, Berlinerstr. 137 ist die Vereinigung für Kinderhilfe.

Die J. V. K. hat kürzlich eine feierliche **Erklärung der Kinderrechte** angenommen und veröffentlicht. Diese drückt in fünf kurzen, klaren Sätzen gewisse Grundprinzipien der Kinderfürsorge aus, die eigentlich in allen Kulturländern anerkannt, und in die Tat umgesetzt werden sollten. Die Erklärung lautet folgendermaßen:

Genfer Erklärung

Männer und Frauen aller Nationen bestätigen in der vorliegenden Erklärung der Kinderrechte, der sogenannten „Genfer Erklärung", ihre Pflichten; sie sind sich bewußt, daß die Menschheit dem Kinde ohne Unterschied der Stammes- und Staatsangehörigkeit und des Religionsbekenntnisses ihr bestes **schuldet:**

1. Jedes Kind hat Anspruch auf normale körperliche und geistige Entwicklung.
2. Das hungrige Kind muß gespeist, das kranke gepflegt werden; das geistig zurückgebliebene Kind ist nach Möglichkeit zu fördern; das verwahrloste Kind muß auf den richtigen Weg gebracht werden; die Waisen und die verlassenen Kinder sollen aufgenommen und versorgt werden.
3. In Zeiten der Not hat zuerst das Kind Anspruch auf Hilfe.
4. Das Kind muß befähigt werden, seinen Lebensunterhalt selbst zu verdienen, muß aber zugleich gegen jegliche Ausbeutung geschützt werden.
5. Das Kind muß zu tätiger Menschenliebe erzogen werden.

Diese Erklärung hat bereits vielerorts begeisterte Zustimmung wachgerufen. Sie wurde am 21. November 1923 vom Eiffelturm in Paris durch Herrn Gustav Ador, Vorsitzenden des Internationalen Roten Kreuzes, drahtlos verkündigt.

Überall sind Bestrebungen im Gange, dem Kinde einen wichtigeren, wenn auch noch unzureichenden, Platz in der sozialen Fürsorge einzuräumen. Die Genfer Erklärung ist eine zeitgemäße Aufforderung, nicht nur an den allgemeinen Opfersinn, sondern an das private und das öffentliche Gewissen. Jede gesetzgebende Körperschaft, jeder denkende Mensch überhaupt, sollte diesem Ruf Gehör schenken, und zur Verwirklichung eines edlen Gedankens nach Kräften beitragen.

Der Reichsfinanzminister zur Lage

Im Reichstag sprach am Freitag Reichsfinanzminister Dr. **Luther** zur Lage der Reichsfinanzen. Die **interfraktionellen Besprechungen** über das Schicksal der **Anträge zu der Steuernotverordnung** haben bereits begonnen. Auch weiterhin scheint auf **beiden** Seiten wenig Neigung zu bestehen, es zu einem Konflikt kommen zu lassen. Die nächste Reichstagssitzung findet erst am Mittwoch statt.

Deutscher Reichstag

WTB. **Berlin**, 19. Februar.

Beginn zwei Uhr nachmittags.

In der Fortsetzung der **politischen Aussprache** erhält das Wort Abg. **Wulle** (Dt. Völk.): Die Weimarer Verfassung ist restlos aufgehoben worden durch Militärdiktatur und Ermächtigungsgesetz. Für das herrschende System ist typisch die fortwährende Suche nach Landesverrätern. Die Handhabung des militärischen Ausnahmezustandes hat bewiesen, daß man auch dem fähigsten und hervorragendsten Heerführer nicht die politische Leitung übertragen darf; seine Fähigkeiten liegen eben auf einem anderen Gebiet. Die Sozialdemokraten haben den Mittelstand restlos proletarisiert (Lauter Widerspruch bei den Soz. Große Unruhe). Die heutige Regierung führt die verhängnisvolle Erfüllungspolitik der früheren Regierungen fort. Die Beileidskundgebungen beim Verlust der „Dixmuiden" und beim Tode Wilsons sind im deutschen Volke nicht verstanden worden. Die Rede Stresemanns war viel zu weh- und demütig. Diese Bettelei vor dem Ausland berührt mich geradezu ekelhaft. (Große Unruhe bei der deutschen Volkspartei. Rufe: Frechheit!) Die Ausländerei nimmt immer mehr zu. Nehmt doch lieber dem Gesindel den Zaster ab! (Heiterkeit). Als die Sozialdemokratie mit ihren sechs Volksbeauftragten die unbeschränkte Macht hatte, da gedieh der Großkapitalismus zur höchsten Blüte. Die Pleite der Sozialdemokratie ist eine vollendete. (Heiterkeit.) Die Zukunft liegt nicht bei den Lauen, sondern bei den Fanatikern, die Kopf und Kragen für die Freiheit des Vaterlandes riskieren. (Beifall.)

Reichsfinanzminister Dr. Luther:

Wenn wir dem Reichstag noch keinen endgültigen Etat vorlegen können, so liegt es daran, daß uns die wichtigen Einkommen aus dem **Rhein- und Ruhrgebiet** noch immer fehlen. So müssen wir mit **Notvorlagen** kommen. Die letzte Steuernotverordnung ist als ein Monstrum bezeichnet worden. Die Regierung betrachtet sie als eine **Notwendigkeit**. Unter lebhafter Mitwirkung der Fachleute, vor allem des Verbandes der Banken und des Bankiergewerbes kam die **Rentenmark** zustande. Über ihre Entstehungsgeschichte wird jetzt im Reichsfinanzministerium eine urkundliche Darstellung vorbereitet. Es hat sich gezeigt, wie **unmöglich** es gewesen wäre, unter den Verhältnissen, wie sie sich mit der Zeit herausgebildet haben, ein **festes Verhältnis** zwischen Rentenmark und Papiermark durch die Regierung oder Gesetzgebung zu schaffen, bevor die **Wirtschaft selbst** ein ein solches Verhältnis geschaffen hatte. Wenn in der Weltöffentlichkeit an absoluten Zahlen gezeigt wird, daß **reichere** Länder ihre Bürger steuerlich höher belasten als wir, so haben diese absoluten Zahlen keinerlei Beweiskraft.

Das **Maß unserer Verarmung** zeigt sich durch einen Vergleich der relativen Steuerbelastung 1913 und 1924. Der Durchschnittssteuerbetrag vom Gesamteinkommen war nach dem Haushaltsplan von 1913 10,9 Prozent, nach dem Haushaltsplan von 1924 27,7 Prozent. — 1913 betrug das jährliche steuerfreie Einkommen 556,80 Mark, 1924 nur 285 **Mark**. Die Rentenmark ist eine **Übergangslösung**. Jetzt brauchen wir vor allem dringend Goldkredite für unsere Wirtschaft. Mit der **endgültigen** Stabilisierung unserer Währung werden wir natürlich auch noch nicht die gute Zeit von 1913 wieder erreicht haben. Jetzt nötigt uns aber unsere Armut, eine Belastung auch über das erträgliche Maß hinaus vorzunehmen, damit auch wir nicht kurz vor dem Ziel einer festen Währung wieder in die Flut einer **neuen Inflation** hineingezogen werden. Die Landwirtschaft ist besonders schwer belastet worden. Die Folge wird ein Rückgang des diesjährigen Ertrages sein. Das ist eine Schädigung der Volksernährung, die nur in Kauf genommen werden kann, aber auch in Kauf genommen werden muß, wenn es um das schon genannte Ziel geht. Die Zweifel an der Rechtsgültigkeit unserer Abgeltungsverordnungen sind jetzt durch eine Reichsgerichtsentscheidung zerstreut.

Die **Besatzungskosten** werden zum größten Teil an die Bevölkerung des besetzten Gebiets bezahlt. Wir bemühen uns um ihre Herabsetzung. Leider ist uns die Genehmigung zur Erhebung der **zweiten Steuernotverordnung im besetzten Gebiet** trotz dringender Vorstellungen noch nicht erteilt worden. (Lebhaftes hört, hört!) Es sind sogar **geradezu Verbote** ergangen, die Steuern zu zahlen. Ganz fehlen uns die Steuern und Zölle aus dem besetzten Gebiet und durch die niederen dort geltenden Tarife wird das Loch im Westen systematisch erweitert. Uns werden also die Einnahmen aus dem besetzten Gebiet entzogen und gleichzeitig die Ausgaben dafür noch auferlegt. Das ist ein Zustand, **den keine Währung der Welt auf die Dauer aushalten kann.** (Lebh. Zustimmung.)

Angesichts des großen Ernstes der Lage bedauere ich, daß von großen Parteien zur **Steuernotverordnung Anträge** eingegangen sind, die sie ausschließlich verneinen. Mit den **Änderungsanträgen** hat sich die Regierung eingehend beschäftigt; sie muß aber an dem Gedanken der sogen. Mietssteuer festhalten. Der Personalabbau ist nur das Mittel zum Verwaltungsabbau. Die Arbeitslasten, die wir den Beamten auferlegen mußten, sind in einer Weise aufgenommen worden, die uns zeigten, daß der **gute alte Beamtengeist** noch vorhanden ist. Wir hoffen, wenn nicht unvorhergesehene Störungen eintreten, am **1. April** mit einer **Erhöhung der Gehälter und Renten** vorgehen zu können. Die Regierung wird es sich angelegen sein lassen, wenigstens für die weiteren Abbau-Maßnahmen noch bestimmte Formen zu finden, durch die gewährleistet wird, daß politische und religiöse Gesichtspunkte nicht zum Mißbrauch der Maßnahmen führen. (Rufe: Und die bisherigen Fälle? Lewald muß weg!). Für die bisherigen Maßnahmen wird eine nachträgliche Revision kaum möglich sein. (Unruhe.) Die größten Schwierigkeiten werden auch erst kommen, wenn wir uns dem Ende des Abbaues nähern.

Der Minister verteidigt dann die **Aufwertungsbestimmungen** der Regierung gegen die Angriffe der verschiedenen Parteien. Auch die Wirtschaftsverbände hätten anerkannt, daß für die Aufwertung eine fester Punkt geschaffen werden mußte, wie es die Regierung getan habe.

Abg. **Ledebour** (bei keiner Fraktion) wendet sich vor fast leerem Hause (es sind nur noch 16 Abgeordnete in dem Saal) gegen die Abschaffung des Achtstundentages. Die Proletarisierung des Mittelstandes sei nicht von der Sozialdemokratie, sondern vom Krieg verschuldet worden.

Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. von **Schoch** (DVp.) und **Thomas** (Komm.) gegen den Abg. Wulle, erklärt dieser, nicht die Rede des Ministers Stresemann habe ihn mit Ekel erfüllt, sondern die große Bettelei beim Auslande. Man sollte das Geld lieber dem Schiebergesindel abnehmen, das in Deutschland herumläuft.

Um ¾7 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch, den 5. März, nachm. 3 Uhr vertagt.

Der Notetat für 1924

Im **Haushaltsausschuß des Reichstags** teilte bei Beratung des **Notetats für 1924** auf Anfrage ein Vertreter des Finanzministeriums mit, daß die **Beförderungssperre** in der jetzigen schroffen Form nicht bestehen bleiben könne. Es sei beabsichtigt, die Sperre vom 1. April an wesentlich zu **mildern**. Die Ressortbesprechungen darüber werden in den nächsten Tagen stattfinden, und dann werde das Kabinett zu entscheiden haben.

Nachdem dann der Reichsbankpräsident Dr. **Schacht**, der zu der Sitzung herbeigerufen worden war, zu § 3 des Entwurfs in vertraulicher Aussprache Erläuterungen gegeben hatte, wurde das Gesetz im allgemeinen in der Fassung der Vorlage **verabschiedet**. Bei § 3 wurde jedoch die **Ermächtigung des Reichsfinanzministers** zur Flüssigmachung von Krediten auf 300 Millionen Goldmark zur Bestreitung einmaliger außerordentlicher Ausgaben **begrenzt**. Nach der Erklärung der Regierung wird von dieser Kreditermächtigung nur im Rahmen des unbedingt Erforderlichen Gebrauch gemacht werden. Die Gesamtermächtigung, die der Regierung in dem Notetatgesetz erteilt wird, wird bis zum 31. Mai befristet.

Im **Hauptausschuß** des Reichstags teilte Geh. Rat **Karlowa** (Reichsfinanzministerium) mit, daß die Ausgaben des Reiches im ordentlichen Etat 5 Milliarden Goldmark, im außerordentlichen Etat 10 Millionen Goldmark und die Kosten der Ausführung des Versailler Vertrages **640 Millionen Goldmark** betragen. Ministerialdirektor **v. Schlieben** (Reichsfinanzministerium) erinnerte daran, daß das Reich ohne nennenswerte Kreditquellen sei. Die **Rentenmarkkredite** seien fast völlig in Anspruch genommen und die Reichsbank dürfe nicht mehr Schatzwechsel für das Reich diskontieren. Das Reich sei daher auf die **Inanspruchnahme von Krediten** angewiesen. Die **Beamtengehälter** sollen bis Anfang April gemäß der Mietsteigerung **erhöht** werden.

Die Lage in der Pfalz

In **Speyer** ist jetzt das **Regierungsgebäude** endgültig von den Separatisten geräumt und von der legitimen pfälzischen Regierung übernommen worden. Das Gebäude befindet sich in trostlosem Zustand. Die Möbel sind aufs scheußlichste zerstört. Die Nachtverkehrssperre gilt nur noch für den Kraftwagenverkehr.

Wie die „Frkf. Ztg." meldet ist es in der Pfalz wohl ruhiger geworden, aber vollkommen ist die Beruhigung noch nicht. Die französische Militärbehörde hält nach wie vor die Macht in ihrer Hand und übt strengste Vergeltungsmaßregeln auf Grund von Verdächtigungen aus. **Verhaftungen sind an der Tagesordnung**; so wurden in Pirmasens neuerdings wieder mehrere Bürger festgenommen. Schätzungsweise sind im ganzen 50 Verhaftungen erfolgt, während etwa 200 Pirmasenser Bürger sich der drohenden Festnahme durch die Flucht entzogen haben.

Die **Separatisten** haben als bewaffnete Macht und offizielle Behörde aufgehört zu existieren. Ein großer Teil von ihnen ist **abgeschoben** worden. Dagegen befinden sich Anhänger der Separatistenbewegung, die gebürtige Pfälzer sind, nach wie vor in der Pfalz und üben ihre Ämter aus. Die separatistischen Führer **Bley** und **Schmitts-Epper** bewegen sich in dem Gebäude der Rheinlandkommission in Speyer wie ehedem und halten ihre engen Beziehungen zu den Franzosen aufrecht. Sie scheinen jetzt andere Wege einschlagen zu wollen. So erklärte Schmitts-Epper, daß die Separatisten das nächste Mal die Leute für die Bewegung besser aussuchen und aus dem ersten Fiasko die Lehren ziehen würden. Die Sonderbündler gedenken nunmehr auf **politischem Wege** zum Ziele zu kommen. Bereits ist die **Rheinische Arbeiterpartei** für den Bezirk Pfalz und Rheinhessen gegründet worden. Auch der Führer der Erwerbslosen, **Kunz** in Ludwigshafen, ist bei dieser Bewegung stark engagiert. Die Pläne, die jetzt hinter den Kulissen geschmiedet werden, sind nicht ganz klar, und es berührt die pfälzische Bevölkerung sonderbar, wenn einesteils der bayerischen Regierung und dem Kreisausschuß die Zusicherung vollster Loyalität gegeben wird und andererseits führende Separatisten wie Bley in dem Gebäude der Rheinlandkommission wie intimste Freunde verkehren. Diesem Doppelspiel, das hier anscheinend getrieben wird, sollte möglichst schnell durch das Wiedererscheinen der interalliierten Sonderkommission ein Ende bereitet werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der Hitler-Ludendorff-Prozeß

Am Freitag vormittag wurde die Vernehmung des Angeklagten **Kriebel** beendet und die Öffentlichkeit wieder hergestellt. Kriebel schilderte seine organisatorischen Vollmachten als militärischer Führer des Kampfbundes. Der politische Führer (Hitler) gab die Weisungen und er hatte die militärische Ausführung zu besorgen. Er schildert dann die vielen **Putschkonferenzen mit Kahr** im Oktober v. J. **Kahr** erklärte, daß er die Berliner Regierung Stresemann nicht als national betrachte und weiter energisch bekämpfen wolle. Wenn es nicht auf normalem Wege gehe, so auf anormalem Wege. Er forderte Disziplin. Er allein werde das **Zeichen** geben, wenn es losgehen solle. Er warne besonders die Nationalsozialisten und die „Kriegsflagge", vorher loszuschlagen. **Lossow** stimmte Kahr völlig zu. An einer gesicherten siegreichen Aktion wolle er jederzeit teilnehmen, aber nicht an einem zweiten Kapp-Putsch. In einer Unterredung mit Lossow sagte er, daß nun etwas geschehen müsse. Die Leute der Kampfverbände könnten angesichts der Not nicht länger hingehalten werden. Lossow rief: „Ich **will ja** marschieren, ich will ja, aber erst wenn ich **51 Proz. Erfolg** garantiert habe!" Diese Äußerung Lossows habe Kriebel stutzig gemacht und ihn zu einem Rundschreiben an die Kampfverbände veranlaßt, in dem **gewarnt** wurde, man solle nicht mehr auf Kahr und Lossow warten, sondern ihnen voran zur **Tat** schreiten. Dieses Rundschreiben ist für Kahr und Lossow eine Stütze gegen die Behauptung von ihrer Mitschuld, und Kriebel sagt daher selbst, das Rundschreiben sei „politisch unklug", aber er habe nur den drei Zauderern einen kleinen Stoß geben wollen.

Der **Staatsanwalt** forderte, daß endlich die Methode gerügt werde, Kahr und Lossow **vor** ihrer Vernehmung fortdauernd einseitig zu beschimpfen. Der Vorsitzende verwahrte sich sehr energisch gegen diese Bemerkung des Staatsanwalts. Eine formelle Beleidigung sei nicht gefallen und er könne das Recht der Angeklagten, sich zu verteidigen, nicht beschneiden.

*

Am Nachmittag wurde **Ludendorff** vernommen. Er erklärte, er habe in der Inpflichtnahme der Reichswehr durch Bayern Meuterei und Verfassungsbruch gesehen, wenn er auch die Weimarer Verfassung nicht verteidigen wolle. Der General bekennt sich als Gegner der marxistischen und kommunistischen Ideenwelt und damit auch als Gegner der Juden, die er im Weltkriege als eine Gefahr kennengelernt habe. Bismarck hat es gesagt, daß die Politik des **Zentrums** eingestellt sei auf die Zerstörung des unbequemen Gebildes eines Deutschen Reiches mit einem evangelischen Kaisertum. Dr. Heim entwickelte seinerzeit im „Bayerischen Kurier" seine Ansichten über die Bildung eines neuen Rheinbundes mit Einschluß Deutsch-Österreichs. 1919 und 1920 fand dann die bekannte Zusammenkunft Dr. Heims mit französischen Offizieren in Wiesbaden und sein Briefwechsel mit Graf Bothmer statt. Mein Hierherzug nach München erfolgte nicht aus politischen Gründen, sondern weil hier meine einzige Schwester verheiratet lebt. Im Herbst 1921 kam ich in nähere Beziehungen zu Herrn v. Kahr. Ich erkannte, daß er inbezug auf Österreich genau das Gleiche sagte wie Dr. Heim: Anschluß an die österreichischen Länder ohne Niederösterreich und Wien. Außerdem hörte ich von Kahr das Wort der **vorübergehenden Trennung Bayerns vom Reich,** was mich tief erschreckt hat. Ich bin ein Feind der Weimarer Verfassung, aber der gefährliche § 18, der die Abstimmung über die neue Staatenbildung zuläßt, ist nicht durch die Sozialdemokraten hineingekommen, sondern durch das Zentrum, Der Vatikan war beim deutschen Freiheitskampf nicht neutral, sondern er war deutschfeindlich und hat Frankreich begünstigt. Auf seiner Amerikareise hat Kardinal Faulhaber über den Eintritt Deutschlands in den Krieg, den Lusitaniafall usw. in einer Weise gesprochen, die jedem deutschen Gefühl widersprechen mußte. Für mich steht fest, daß von führenden Kreisen der Bayerischen Volkspartei eine Politik getrieben wird, die absolut deutschabwegig ist. Die völkische Bewegung ist praktisch großdeutsch, anerkennt beide Konfessionen als gleichberechtigt, lehnt aber die politische Betätigung der Kirche scharf ab. Da kam auf der anderen Seite ein Wunsch, der **nicht erfüllbar** ist, daß ist die **monarchische Frage.** Ich bin Monarchist, aber für mich ist das Volk nicht für die Dynastie da, sondern die Dynastie für das Volk. Jedenfalls wäre eine zu **frühe Errichtung** der Monarchie in einem Bundesstaat ein Unglück. Für mich war die Errichtung des Generalstaatskommissariats ein schwerer Verfassungsbruch. Ich sah hierin den Versuch, die Machtstellung Bayerns auf Kosten eines anderen Bundesstaates gewaltsam auszudehnen.

In einer Unterredung mit Lossow sagte ich ihm meine loyale Mitarbeit zu und glaubte, die Meuterei, die er begangen, solle **geadelt** werden durch eine **deutsche Tat.** Ein Zweifel, daß Kahr und Lossow nunmehr die norddeutschen Verhältnisse entscheidend beeinflussen wollten, ist mir nicht gekommen. Eine Beeinflussung der deutschen Lage durch die Kampfverbände allein war mir stets als verfehlt vorgekommen. Sollte aber jetzt der **bayerische Staat** mit seinen Machtmitteln die Lösung der innerdeutschen Verhältnisse in deutschvölkischem Sinne in die Hand nehmen, so zweifelte ich nicht am Gelingen. Die Beteiligung der bayrischen Staatsmacht war maßgebend für meine Teilnahme an der ganzen Sache.

General Ludendorff bespricht dann auch die **Zusammenkunft** am Nachmittag des **8. November.** Er sagt: Die Besprechung ergab Einigkeit im Ziel, ich glaube auch in den Wegen. Ich wußte gar nicht, daß die Besprechung eine solche **Bedeutung** hatte. Um 8.30 Uhr wurde ich zuhause angeklingelt und mir mitgeteilt, daß ich mit dem Kraftwagen zum Bürgerbräukeller geholt werde. Unterwegs unterrichtete mich Scheubner-Richter von den Vorkommnissen. Hätten die Herren Nein gesagt, dann hätte ich gesagt **nun dann nicht.** Schmerzlich war es mir, daß Lossow später zu Pressevertretern gesagt hat, Hitler und ich hätten die Namen Lossow und Seißer gegenüber den Truppen als Popanz benützen wollen. Meine Herren! Man kennt den General Ludendorff schlecht, wenn man ihn so etwas zutraut. Völlig unrichtig ist es, daß Lossow unter **Pistolenzwang** gehandelt hat. Auf die Behauptung der Anklage, ich hätte mich in den Bürgerbräukeller begeben, weil ich mich im Wehrkreiskommando nicht mehr sicher fühlte, gebe ich gar keine Antwort. Von der völkischen Bewegung mich zurückzuziehen, wie Viele mir zugemutet haben, wäre eine Niedertracht, unwürdig eines General Ludendorff. Die Nachrichten aus der Stadt lauteten günstig. Den Rückzug nach Rosenheim verwarf ich, weil das zum Bürgerkrieg geführt hätte. So habe ich für den **Zug durch die Stadt** gewirkt, der keine Gewaltanwendung bedeutete. Wir haben befohlen, die Gewehre zu entladen. Man handelt in gewissen Augenblicken des Lebens instinktiv und weiß nicht warum. Ich habe **Tannenberg geschlagen;** wenn ich mich frage, warum ich das so geschlagen habe, weiß ich es nicht. Die Gründe, die jetzt in den schönen Geschichtsbüchern stehen, habe ich mir nachher zurechtgelegt. Wir wollten eigentlich nur bei Röhm vorbeigehen und ihn abholen. So kamen wir zur Feldherrnhalle. Alle die Hoffnungen, die ich auf die **Erlösung des Vaterlandes** am Abend des 8. November gehegt hatte, waren vernichtet, weil Kahr, Lossow und Seißer das große Ziel aus den Augen verloren hatten, und weil die große Stunde in ihnen kleine Menschen gefunden hat. Das Schmerzliche aber für mich war, daß ich aus den Ereignissen die Überzeugung gewonnen habe, daß unsere **führende Gesellschaftsschicht** sich als **unfähig** erwiesen hat, dem deutschen Volk den Willen zur Freiheit zu geben. Es ist nicht gelungen die völkische Bewegung durch Treubruch, Verrat und Mordanschlag zu töten. Durch Märtyrerblut gestärkt erhält die Bewegung neue Kraft. Das ist das von ihren Feinden nicht gewollte große Ergebnis des 8. und 9. November. Auf die Frage des **Vorsitzenden,** wie er sich den weiteren Verlauf der Bewegung vorgestellt hätte, wenn die drei Herren bei der Stange geblieben wären, erklärt **Ludendorff:** Mit den vaterländischen Verbänden im Norden wäre diese Bewegung eine so gewaltige Kundgebung geworden, daß die Sache in ganz Deutschland aufgerollt worden wäre.

Politische Neuigkeiten

Zur Auswanderungsfrage

Der Auswanderungsgedanke ist in den seltensten Fällen ein plötzlicher Entschluß. Was in weiter Ferne liegt, zeigt sich dem Auge des romantisch veranlagten Deutschen meist in rosigerem Licht als die nähere Umgebung. Sind aber einige Freunde und Bekannte draußen, die günstig berichten, und geht daheim nicht alles nach Wunsch, so reift manchmal auch der Entschluß zur Auswanderung sehr schnell. Die verschiedenen Formalitäten, die es noch zu erfüllen gilt, werden als Last und unnötiges Hemmnis empfunden. Und doch haben sie ihren Wert auch für den Auswanderer, da sie zu reiflicher Überlegung zwingen. Schon an der Art, wie der Auswanderer diese ersten „Hecken und Zäune nimmt", wird man erkennen, ob er überhaupt zur Auswanderung taugt, ob er den weit größeren Schwierigkeiten und Hemmnissen draußen Herr werden wird.

Die Erledigung aller Formalitäten wird erleichtert, wenn man rechtzeitig vor dem Aufbruch die zuständige öffentliche Auswanderer-Beratungsstelle aufsucht. Hier sei das **Deutsche Ausland-Institut in Stuttgart** empfohlen, das durch umfangreiches, dort zusammenlaufendes Material und seine etwa 500 Vertrauensmänner in aller Welt in die Lage versetzt wird, alle die mannigfaltigen Fragen des Auswanderers zu beantworten. Da gilt es zu prüfen, ob die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Auswanderung gegeben sind, ob die Beziehungen zuverlässig, die in Aussicht gestellten Löhne ein Vorwärtskommen ermöglichen, ob Klima und Lebensverhältnisse des neuen Landes gut sind. „Wer einen Turm baut, überschlage die Kosten". Jeder Auswanderer steht vor einem solchen Turmbau, der ebenso sorgfältiger Vorbereitung bedarf, wie der des Architekten.

Durch Inanspruchnahme einer solchen Beratung kann nicht nur mancher unnötige Weg in der Heimat, sondern auch manches Lehrgeld draußen erspart werden.

Die Befürchtung manches Auswanderers, daß er nur „gewarnt", daß er bei solcher Beratung in seinen Lieblingsplänen nur gehemmt werden könnte, ist unbegründet. Die Heimat hat kein Interesse, gesunde Auswanderungsabsichten zu stören. Sind die Pläne aber ungesund, so liegt es wiederum im eigensten Interesse des Auswanderers, daß er möglichst rechtzeitig sie in gesunde und wirklich durchführbare umwandelt. Besser eine Enttäuschung rechtzeitig erlebt, ehe alles in eine falsche Bahn geleitet wird, ehe alle Brücken zum Rückweg abgebrochen sind, als erst draußen erkannt, daß man sich einem Irrwahn hingab. Wie manches Auswandererelend hätte vermieden werden können, wenn rechtzeitig eine sachgemäße Beratung stattgefunden hätte!

Kurze Nachrichten

Die Sachverständigen für Monopole. Die Sachverständigen werden, wie aus **Paris** gemeldet wird, ein Gutachten für die Errichtung **deutscher Monopole** abgeben. Die belgischen Mitglieder setzen sich insbesondere dafür ein, daß in Deutschland **Monopole für Zucker, Tabak, Alkohol, Zündhölzer und Salz** geschaffen werden. Daraus sollen sich zwei Milliarden Goldmark für Reparationszwecke ergeben. Auch ein deutsches **Biermonopol** soll vorgeschlogen werden.

In der französischen Kammer kam es am Freitag zu wüsten Szenen bei einer Rede Painlevés. Ein Abgeordneter mußte blutüberströmt aus dem Saal herausgeführt werden. Der ganze Saal, auch die Journalistentribünen mußten geräumt werden. Es fielen Ausdrücke wie „Schuft", „Canaille" usw.

Badischer Teil

Der Reichspräsident in Karlsruhe

Reichspräsident Ebert ist heute morgen 9.18 von Berlin kommend in Karlsruhe eingetroffen. Er wurde begleitet von Reichswehrminister Dr. Geßler, Staatssekretär Meißner sowie dem badischen Gesandten in Berlin Geh. Rat Dr. Nießer. Zum Empfang hatten sich am Bahnhof eingefunden, Staatspräsident Dr. Köhler, der Präsident der Reichsbahndirektion Schulz, Oberbürgermeister Dr. Finter, Oberamtmann Schaible und Polizeidirektor Haußer.

Nach einem kurzen Imbiß fanden im Staatsministerium Besprechungen zwischen dem Reichspräsidenten und den Mitgliedern der bad. Regierung statt, die sich auf die allgemeine politische Lage und die Beziehungen zwischen dem Reich und den Ländern, insbesondere dem Lande Baden, bezogen.

Am frühen Nachmittag wird sich der Reichspräsident mit der badischen Regierung nach Mannheim begeben.

Reichspostminister Dr. Höfle war gestern zu Beratungen mit der bad. Regierung eingetroffen und ist bereits heute vormittag mit Minister Remmele nach Mannheim weitergereist.

Oberrechnungsrat a. D. Emil Muser †

Am Donnerstag starb zu Karlsruhe im 71. Lebensjahr Oberrechnungsrat a. D. Emil Muser. Mit ihm ist ein hochverdienter Beamter der badischen inneren Verwaltung, der über ein Menschenalter der Oberrevision des Ministeriums des Innern zum Teil in leitender Stellung angehört hat, dahingegangen. Emil Muser war am 23. November 1853 in Freiburg als Sohn eines Kanzleirats geboren, er besuchte die Schulen in Freiburg und Offenburg und begann seine Beamtenlaufbahn 1868 beim Bezirksamt in Offenburg. Nachdem er schon vorher in Karlsruhe als Revident beim Verwaltungshof tätig gewesen war, wurde er 1880 in das Ministerium des Innern versetzt. 1883 wurde Muser Revisor, 1893 Rechnungsrat, 1897 Revisionsvorstand und 1898 Oberrechnungsrat, 1915 trat er in den Ruhestand.

Neben seiner verantwortungsreichen beruflichen Arbeit hat Emil Muser auch eine fruchtbare fachliterarische Tätigkeit vor allem auf dem Gebiet des Gemeinderechnungswesens, der Gemeindewirtschaft sowie der sozialen Versicherung entfaltet. Seine Bearbeitungen der verschiedenen einschlägigen Gesetze und Verordnungen sind zum **Teil in** mehrfacher Auflage erschienen und stellen auch **heute** noch wertvolle fachwissenschaftliche Hilfsmittel dar. **Dem** pflichttreuen und wegen seiner dienstlichen und persönlichen Eigenschaften allseitig geschätzten Beamten wird man im Ministerium des Innern ein ehrendes Andenken bewahren.

Begriffsverwirrung

Im Hauptorgan des badischen Zentrums, dem „**Bad. Beobachter**" schreibt Professor Dr. **Reinfried**-Karlsruhe u. a.:

Das deutsche Volk hat in politischen Dingen noch viel zu lernen. Nach Einführung der demokratisch-parlamentarischen Staatsform und weiter nach Festigung derselben müßte jeder Deutsche nur eine Pflicht sehen: Lernen, **was Demokratie bedeutet.** Man darf sich nicht verhehlen, daß viele Deutsche das Wesen der jungen Demokratie nicht kennen lernen und studieren **wollten,** weil sie immer noch an eine Gegenrevolution und an die Wiederaufrichtung der alten Herrschaft sehnsüchtig glaubten. Das ist zur Hauptsache der Grund, warum die Demokratie noch nicht **ins Innere** gedrungen ist, warum das neue System nicht so marschiert, wie man es hätte erwarten sollen. Und doch findet man auf der ganzen Welt **keinen einzigen** großen Staat mehr, der **nicht demokratisch** regiert wird. Warum sollte, was überall in der Welt, eine Selbstverständlichkeit ist, in Deutschland hintangehalten und unmöglich sein? Stellen wir uns doch kein solches Armutszeugnis aus und machen wir uns nicht dümmer als die halbzivilisierten Kleinstaaten im nahen Osten und auf dem Balkan!

Nur der **gute** und **sittliche** Wille kann die Volksgemeinschaft retten, erhalten und aufbauen. Wo ist aber der sittliche Wille, der das **Ganze** schützt, auch wenn nicht eine bestimmte Staatsform in Blüte steht! Solche und ähnliche Gedanken steigen einem auf, wenn man die **Entschließung des Gauverbandes Freiburg des badischen Philologenvereins** gegen den badischen Kultusminister Dr. Hellpach liest. Man traut seinen Augen kaum, wenn in dieser Resolution mit Ausdrücken wie: „Wir entziehen dem Minister das Vertrauen", oder „Die Person des Ministers ist für uns unmöglich geworden", oder ähnlich um sich wirft Die elementarsten Begriffe von **politischer Demokratie werden** hier völlig **preisgegeben.** Existiert noch ein badischer Landtag? Wissen die Väter dieser Freiburger Entschließung nichts von der badischen Verfassung? **Ist es heute** selbst **Gebildeten** noch nicht klar, daß im parlamentarischen Staat nur das Parlament Minister beruft und **absetzt, daß** nur das Parlament befugt ist über Amtshandlungen von Ministern die Entscheidungen zu treffen, Stellung zu nehmen zur Qualifikation der Persönlichkeiten und Rechenschaft von ihnen zu fordern über ihr Tun und Lassen? Wenn sich unsere Berufs-Organisationen diese parlamentarischen Befugnisse aneignen und die Frage der Brauchbarkeit der Minister in ihren Tätigkeitsbereich einbeziehen, dann haben wir die **Anarchie in Reinkultur,** d. h. den Kampf einer Standes-Organisation gegen die andere, den Kampf der privaten Verbände gegen die Regierung, gegen Politik und Parlament. Es ist klar, daß eine so verstandene Demokratie zur Auflösung jeder staatlichen Ordnung und Autorität führen muß. Auch wenn die Freiburger Philologen mit ihrem Schritte nicht die Absicht der Zerstörung der Staatsautorität hatten, so läuft ihre Einmischung in die staatspolitischen Dinge in ihrer **Wirkung** auf die Untergrabung der Staatsgrundlagen hinaus und bedeutet konsequent den Tod der demokratischen Idee. Über die Person des Ministers Hellpach greift also die Art und Weise, wie man in Freiburg vorgegangen ist, weit hinaus. Im Grund handelt es sich nicht mehr um Personen, sondern um politische in der Verfassung festgelegte Grundsätze, deren Verletzung zur Auflösung des Staates, zum Chaos im Staatsleben führt. Was gestern Herrn Dr. Hellpach passiert ist, kann morgen gegenüber dem Finanz-, übermorgen gegenüber dem Justizminister unternommen werden. Waren es heute Philologen, so können es morgen Volksschullehrer, übermorgen die Hochschullehrer gegenüber dem Kultusminister, in einer Woche Steuerbamte und andere unterstellten Behörden gegenüber dem Finanzminister sein. Ein **einziger Präzedenzfall** löst eine ganze Kette verwandter Eingriffe in den Staatsorganismus aus, der bei solchen Praktiken in seinem Bestande bedroht ist.

Von der Gnade einer privaten Standesorganisation kann unmöglich ein Minister leben, sonst ist praktisch bald kein Ministerposten mehr zu besetzen; denn wer dem einen Verbande genehm ist, wird vielleicht vom anderen kategorisch abgelehnt. **Dem Landtag allein** muß es überlassen werden, das Rechte zu treffen, und in Fällen besonderer Unfähigkeit oder von Amtsverletzungen seitens der parlamentarisch eingesetzten Minister über den Verbleib oder die Abberufung dieser Beamten zu befinden. Deswegen sind Vertrauenskundgebungen und Mißtrauensvoten von außenstehenden Organisationen als überflüssige, ja unter Umständen verderbliche und verfassungswidrige Auslassungen und Beeinflussungen zu betrachten, die vom legitimen Parlament zur illegitimen Räteherrschaft führen, **eine revolutionäre Entwicklung,** die doch sonst von allen vernünftigen Politikern, angefangen von der äußersten Rechten bis zur vereinigten Sozialdemokratie abgelehnt wird. Warum soll denn das Russen-System bei uns Anklang finden? Das Parlament wird sich sein Recht um keinen Preis entreißen lassen. Wir sehen, daß das Freiburger Spiel im letzten Verfolg keine Frage einer Ministerpersönlichkeit ist, sondern eine solche des **Gesamtstaates** der demokratischen Staatsidee und der demokratischen Verfassung. Davon hängt für uns in Zukunft alles ab, wie wir als Volk die **Gedankenwelt der Demokratie** verstehen und sie in die Wirklichkeit überführen können. Das Problem liegt im Geistigen, liegt im guten und sittlichen Willen. Alles aber heißt dabei: **Liebe zu Volk und Vaterland.**

Zur Uebernahme der Bodenseehäfen durch die Reichsbahn

schreibt die „Deutsche Bodenseezeitung", daß die sämtlichen Häfen und Landungsplätze aus dem Besitz der Reichszollverwaltung in allernächster Zeit an die Reichseisenbahn übergehen. Durch diese Übernahme wird in Zukunft eine einheitliche Regelung in der Verwaltung erfolgen. Die Landeplätze und die Häfen müssen allerdings eine gute Ausbesserung erfahren, da wegen der langen Verhandlungen fast nichts mehr verbessert wurde. Für diese Verbesserungen sorgt nunmehr einheitlich die Bahnbauinspektion, bezw. die betreffenden Bahnmeistereien. Die Hafenmeisterstelle in Konstanz und die einzelnen Güterbestättereien werden von den Beamten übernommen. Eine Beamtenkommission wird nächstens alle Uferplätze des Ober-, Überlinger- und Untersees zwecks endgültiger Übernahme bereisen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Kommunale Rundschau

Der Karlsruher Bürgerausschuß

hat am Freitag in der Hauptsache Gebührenfestsetzungen und Grundstückserwerbungen genehmigt. In vorgerückter Stunde mußte infolge Beschlußunfähigkeit des Hauses die Sitzung abgebrochen werden. Bei der Beratung der Bezugsordnung für die Lieferung von **Gas, Wasser und elektrischen Strom** führte Oberbürgermeister Dr. **Finter** aus: die Stadt sei bestrebt, sich von der Strombelieferung des Murgwerks unabhängig zu machen, um dann von dem Murgwerk eine Verbilligung des Stromes zu verlangen, oder völlig auf den Strom des Murgwerks zu verzichten. Ein Antrag der Deutschnationalen, das Wassergeld von den Mietern zu erheben, wurde abgelehnt und die Vorlage gegen vier Stimmen angenommen. Zum **Straßenbahntarif** wurde schließlich der sozialdemokratische Antrag angenommen, daß ein Fahrscheinheft bis zwei Teilstrecken 1 M. kosten soll, ebenso ein deutschnationaler Antrag, auch den Studenten der Hochschule die Vergünstigung der Benützung von Schülerkarten zuteil werden zu lassen. Die Vorlage über die Regelung der Gebühren für den **Schlacht- und Viehhof**, den **Wochenmarkt**, für das **Bestattungswesen** und für **Entkeimungen** fand mit verschiedenen Anträgen Annahme, u. a. einem Zentrumsantrag, die normalen Bestattungskosten auf die Stadtkasse zu übernehmen und einem demokratischen Antrag auf Gleichstellung der Gebühren für Erdbestattung und Einäscherung.

Intendanten-Zusammenkunft in Mannheim. Am 25. Februar waren etwa 35 Ministerial- und städtische Referenten für Theaterangelegenheiten sowie 20 Intendanten von Staats- und städtischen Bühnen im Bürgerausschuß-Saal des Mannheimer Rathauses zur Beratung wichtiger Fragen des Theaterbetriebs versammelt. Die Verhandlungen erstreckten sich über den Vor- und Nachmittag. Eine Anzahl der Gäste folgte der Einladung zum Besuch von Aufführungen des Nationaltheaters.

Zur Umwandlung der Heidelberger städtischen Betriebe wird mitgeteilt, daß der Stadtrat beschlossen hat, die ganze Angelegenheit noch einmal in einem gemischtberatenden Ausschuß zu erörtern und die auf 6. März anberaumt gewesene Sitzung des Bürgerausschusses auf einen späteren Termin zu verlegen.

Vom Offenburger städt. Haushaltsplan. Der Voranschlag schließt in Einnahmen und Ausgaben mit einer Summe von 314 270 Goldmark. Die Umlage für das erste Vierteljahr des laufenden Jahres wird auf je 3 Pfennige von 100 M. Steuerwert bei Gebäude- und Betriebsvermögen, auf 4,5 Pfennige bei einzeln geschätzten Grundstücken auf 6 Pfennige bei klassifizierten Grundstücken festgesetzt. Am 7. März soll der Voranschlag dem Bürgerausschuß vorgelegt werden.

Der Bürgerausschuß in Todtmoos hat sich einstimmig für den Anschluß an den Amtsbezirk **Schopfheim** ausgesprochen. Durch diese Stellungnahme der Gemeinde Todtmoos ist auch die Gemeinde **Wehr**, die sich für den Anschluß an den Kreis Waldshut entschlossen hatte, gezwungen, ihre Stellungnahme reiflich zu überlegen. Da auch Anschlußbestrebungen an den Kreis Lörrach in Wehr vorhanden sind, wird jetzt eine Abstimmung unter der Einwohnerschaft in starke Erwägung gezogen.

Ein alter Streit. Waldshut und **Kleinlaufenburg** haben seit alten Zeiten einen Rechtsstreit über **Fischereigerechtsame** im Rhein. Die Fischereirechte der Kleinlaufenburger Fischer beginnen nach einem alten Lehnsbrief bei der Hieronymus-Kapelle bei Waldshut, und die Laufenburger haben daher für sich das Recht hergeleitet, an dieser Stelle ihre Weidlinge in den Strom zu bringen. Dies ist aber mit Geländebeschädigungen verbunden, und die genannte Kapelle ist nicht mehr vorhanden. Aus diesen beiden Tatsachen ergaben sich fortgesetzt Streitigkeiten. Es ist jetzt aber dem Stadtpfarrer **Bieser** und dem Stadtbaumeister **Köpfler** in Waldshut gelungen, die genaue Lage der Kapelle zu bestimmen, so daß dieser alte Rechtsstreit nun wohl endgültig enschieden werden dürfte.

Der Bürgerausschuß in Überlingen genehmigte die Gewährung eines unverzinslichen Darlehens an den Münsterbaufond und zu diesem Zwecke die Aufnahme eines städtischen Darlehens in Höhe von 10 000 Goldmark.

Aus der Landeshauptstadt

Auswanderungs-Unfug. Schon vor einiger Zeit wurde in der Presse vor einem Auswanderungs-Unfug gewarnt, der in Karlsruhe und Umgebung sein Unwesen trieb. Es handelte sich damals um ein angeblich groß angelegtes Auswanderungsunternehmen nach Brasilien, hinter dem in Wirklichkeit ein Grüppchen von Leuten stand, das in keiner Weise den großen Aufgaben gewachsen war, die ein solches verantwortungsreiches Unternehmen an seine Leitung stellt. Diese kam denn auch mit dem Auswanderungsgesetz ernstlich in Konflikt, und die phantasiereichen Pläne selbst erwiesen sich als gänzlich undurchführbar. Neuerdings hat sich nun die Unternehmungslust dieses Grüppchens auf **Paraguay**, die kleinere in der Mitte von Südamerika gelegene, vom Meere abgeschlossene Republik geworfen, und es wird wieder versucht vielversprechende Notizen über das „großzügige Siedlungsunternehmen" in die Presse zu bringen. Auch vor diesem Unternehmen kann nur, wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, dringend gewarnt werden. Die angeblichen Verhandlungen mit der Regierung von Paraguay, auf die sich diese Pressenotiz beruft, bestehen in einer kurzen Auskunft über das paraguaynische Ansiedlungsgesetz. Auch der übrige Inhalt der Pressemitteilung läßt deutlich erkennen, daß die Väter dieses Siedlungsplanes mit den tatsächlichen Verkehrs- und Wirtschaftsverhältnissen in Paraguay in keiner Weise vertraut und daß sie sich der gewaltigen Schwierigkeiten nicht entfernt bewußt sind, die eine auch nur einigermaßen erfolgreiche Durchführung eines solchen Unternehmens mit sich bringt. Das Reichsauswanderungsamt hält den Erfolg einer derartigen Siedlung großen Stils ebenfalls für sehr fraglich, zumal die Finanzierung des Unternehmens durch kleine Anteilscheine, wie es geplant ist, vollkommend ungenügend ist. Wer sich also vor bitteren Enttäuschungen bewahren will, lasse sich auf dieses Paraguayunternehmen nicht ein.

Änderung der Personentarife der Deutschen Reichsbahn. Am 1. März 1924 werden auf der Deutschen Reichsbahn die Fahrpreise 3. und 4. Klasse um rund 36 v. H. erhöht, die der 1. Klasse herabgesetzt. Die Fahrpreise 2. Klasse bleiben unverändert. Mindestens wird der Fahrpreis für 3 Kilometer berechnet. Die Schnellzugszuschläge werden nicht geändert. Die Monatskarten, Schülermonatskarten, Wochenkarten, Kurzarbeiterwochenkarten und Arbeiterrückfahrkarten bleiben von der Erhöhung ausgenommen. Die Gepäck- und Expreßgutsätze werden mit Wirkung vom 5. März lf. Js. um 10 v. H. ermäßigt. Nähere Auskunft erteilen die Stationen und das Verkehrsbüro der Reichsbahndirektion.

Vom Karlsruher Polizeidienst. Wie wir hören, wird der der Polizeidirektion Karlsruhe zugeteilte Polizeirat **Riedinger** demnächst zum Landespolizeiamt übertreten, um dort mit landespolizeilichen Aufgaben betraut zu werden. Polizeirat Riedinger hat sich schon früher auf erkennungsdienstlichem Gebiet bewährt, das nunmehr seinen besonderen Aufgabenkreis beim Landespolizeiamt bilden soll.

„Das Lied von Kriemhilds Not" (Verlag Georg Müller, München), so hat Wilhelm Schäfer seine Übertragung des Niebelungenlieds ins Neuhochdeutsche genannt. Was ein pommerischer Studienrat in langjährigen wissenschaftlichen Untersuchungen als den eigenwüchsigen Kern der Dichtung herausgeschält hat, das ist hier unter den Händen des Dichters in heutiger, gehöhter Sprache neu erstanden und steht als ein Ganzes von unerhörter Wucht u. Größe vor uns. Die deutsche Philologie mag mit Herrn Studienrat Uhl über die Berechtigung seiner wissenschaftlichen Theorie streiten, dem deutschen Volke ist mit Wilhelm Schäfers Werk sein größtes Heldenepos neu geschenkt worden. So konnten wir dem „Verein für deutsche Bildung" nur dankbar sein, daß er uns Gelegenheit gab, den Dichter selbst als Mittler seines Werkes kennen zu lernen. Freilich hätte man sich einen andern Rahmen gewünscht für diese Feierstunde als diesen barbarisch stimmungslosen Hörsaal der Maschinenbauabteilung der Hochschule. Doch gelang es der zwingenden Persönlichkeit des Dichters und seiner dem Stoff und der Sprache ebenbürtigen Vortragskunst die übermenschlichen Gestalten des Lieds, seine heiteren und düsteren Episoden so plastisch und farbig vor die Zuhörer hinzustellen, daß diese in Ergriffenheit lauschten und staunend erfuhren, welch unerhörte Lebenskraft der alten Dichtung innewohnt. G. M.

Flüchtlingsbaracken beim Ettlinger Tor. Der Verkehrsverein ist wegen Entfernung der häßlichen Flüchtlingsbaracken auf dem Festplatz beim Ettlinger Tor neuerdings bei der Stadtverwaltung vorstellig geworden. Es wurde ihm darauf der Bescheid, daß die Stadt von jeher bestrebt gewesen sei, die Baracken möglichst bald zu entfernen, und daß auch schon ein Teil derselben von den bisherigen Mietern geräumt und nunmehr zum Abbruch bestimmt sei. Das letztere sei aber Sache des Landesfinanzamtes, weil die Baracken im Eigentum des Reiches stünden. Sämtliche Baracken jetzt schon zu räumen, sei leider nicht möglich, weil für die dort untergebrachten Familien zurzeit andere Unterkunftsmöglichkeiten nicht bestünden, auch nicht in Kasernen. Auf eine bezügliche Vorstellung beim Landesfinanzamt hat dieses erklärt, daß mit dem Abbruch der Baracken, soweit sie geräumt seien, demnächst begonnen werde, der Auftrag zum Abbruch des Stacheldrahtzaunes sowie der elektrischen Freileitungen sei erteilt. Der Abbruch der Baracken könne aber nur nach Maßgabe der erfolgten Räumungen stattfinden. Auch für die Entfernung des häßlichen Bretterzauns am alten Bahnhofsgelände hat sich der Verkehrsverein eingesetzt.

Karlsruher Flugblatt. Da im Auslande, aber auch in manchen Teilen des deutschen Reiches immer noch die Meinung verbreitet ist, Karlsruhe sei besetzt und nur unter Überwindung besonderer Paßschwierigkeiten zu besuchen, hat der Verkehrsverein ein Flugblatt herausgegeben, in welcher dieser Meinung entgegengetreten und darauf aufmerksam gemacht wird, daß die Landeshauptstadt unbesetzt und von allen Richtungen her ohne weiteres erreicht werden kann. Insbesondere wird darauf hingewiesen, daß, abgesehen von den für Ausländer bei der Einreise nach Deutschland an sich vorgesehenen Legitimationen, irgendein Sonderausweis nicht erforderlich ist, und daß auch der Eisenbahnverkehr mit Karlsruhe frei und die durchgehende Strecke über Offenburg nach Basel und über den Schwarzwald wieder vollständig offen ist. Gleichzeitig bringt das Flugblatt einen kurzen Hinweis auf die Bedeutung Karlsruhes als Kunst-, Verkehrs-, Schul- und Gartenstadt mit einem Verzeichnis der dieses Jahr in Karlsruhe stattfindenden größeren Veranstaltungen. Das Flugblatt steht den Geschäftsleuten, die eine umfangreiche Korrespondenz nach auswärts, namentlich nach dem Auslande haben, zum Einlegen in ihre Briefschaften unentgeltlich zur Verfügung.

Kurze Nachrichten aus Baden

Nr. 9 des Badischen Gesetz- und Verordnungs-Blattes hat folgenden Inhalt: Notgesetz über die Änderung des Wassergesetzes. Bekanntmachungen und Verordnungen: des Finanzministers: die Organisation der Bezirksdomänenverwaltung; des Ministers des Innern: die Kosten der Verpflegung von Kranken in den Heil- und Pflegeanstalten; des Justizministers: die Inkraftsetzung des reichsgesetzlichen Grundbuchrechts; des Arbeitsministers: über die Aufhebung des Wasser- und Straßenbauamts Bruchsal.

Nr. 10 des Badischen Gesetz- und Verordnungs-Blattes hat folgenden Inhalt: Verordnungen: des Staatsministeriums: über die Sitze und Bezirke der Amtsgerichte; des Ministers des Innern: Maßregeln gegen die Rinderpest; des Justizministers und des Minister des Innern: über Änderung der Pachtschutzordnung; des Justizministers: über Änderung des Kostengesetzes.

Bruchsal, 1. März. Durch die Presse ging dieser Tage die Meldung, daß der frühere Rechtsanwalt **Hau**, der s. Zt. wegen Ermordung seiner Schwiegermutter, Frau Molitor in Baden-Baden, verurteilt wurde, demnächst aus dem Zuchthaus in Bruchsal entlassen werde. Diese Meldung ist nicht zutreffend. Eine Entlassung Hau's ist erst für den 15. April 1925 in Aussicht genommen.

DZ. **Freiburg i. Br.**, 29. Febr. Im November vorigen Jahres machte eine **Räuberbande** im Schloß **Stegen** der verwitweten **Gräfin Bismarck** einen Überfall, wobei sie unter vorgehaltenem Revolver wertvolle Gegenstände und erhebliche Barmittel erbeuteten. Die Verhaftung der Täter gestaltete sich außerordentlich schwierig, es war eine längere Verfolgung in den Wäldern des Lahrer und Offenburger Bezirkes erforderlich. Der Haupttäter **Köpke** flüchtete über den Rhein, um sich bei der Fremdenlegion zu melden, wurde aber ausgeliefert. Die Angeklagten waren schon vom Landgericht Offenburg wegen eines Kircheneinbruchs in Mittelbaden und wegen eines Einbruchs in die Hütte der Lahr-Offenburger Jagdgesellschaft zu 1—3 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Die **Strafkammer Freiburg** verurteilte jetzt wegen des Raubüberfalles im Schlosse Stegen die Angeklagten **Köpke** und **Thörke** zu je 8 Jahren, den Angeklagten Schenk, bei dem noch Nötigung angenommen wurde, ebenfalls zu 8 Jahren Zuchthaus, die Angeklagten Huber und Rebmann zu je 7 Jahren Zuchthaus, einschließlich der vom Offenburger Gericht erkannten Strafen.

DZ. **Linz** (Amt Kehl), 29. Febr. In dem Gemeindefarrenstall ist **hier** die **Maul- und Klauenseuche** ausgebrochen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

in Millionen Mark

	1. März		29. Februar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam . .	1 566 100	1 573 900 [2]	1 566 075	1 573 925 [2]
Kopenhagen .	663 700	666 300 [3]	666 330	669 670 [3]
Italien . . .	181 500	182 500 [3]	181 545	182 455 [3]
London . . .	18 055 000	18 145 000 [2]	18 054 750	18 145 250 [2]
Newyork . . .	4 190 000	4 210 000 [2]	4 189 500	4 210 500 [2]
Paris	176 600	177 400 [2]	176 558	177 442 [2]
Schweiz . . .	728 200	731 800 [3]	728 175	731 825 [3]
Prag	122 100	122 500 [3]	122 193	122 807 [3]
Wien (100 Kronen)	62 842	63 158 [40]	62 842	63 158 [40]

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent

Wertbeständige Anlagen

Zur Anlage für **Mündelgelder und als wertbeständige Effekten** sind zugelassen:

Letzter Kurs: (in Billionen Mark)

5% Badische Kohlenwert-Anleihe	ca.	11,1
6% Mannheimer Kohlenwert-Anleihe	ca.	13
5% Rhein-Main-Donau-Gold-Anleihe	ca.	2,3
7% Neckarwerke Goldanleihe	ca.	—
5% Preußische Kali-Anleihe pro 100 kg . . .	ca.	3,5
5% Sächsische Roggen-Anleihe pro Ztr. . . .	ca.	3,3
5% Süddeutsche Festwertbank-Oblig.	ca.	1,7
Dollarschatzanweisungen des Deutschen Reichs	ca.	4,2
Goldanleihe d. Deutschen Reiches	ca.	4,2

Ferner nennen wir noch die nicht mündelsichere wertbeständige Anleihe Freudenberg Carl,

5% G. m. b. H., Lederfabrik Weinheim . . . . ca. 1 Billion

Marktberichte. Der Großviehmarkt in **Freiburg** am 28. Februar 1924 war mit 302 Stück Großvieh befahren. Es wurden verkauft 88 Ochsen, zu 200—520 pro Stück, 100 Kühe zu 120—600, 64 Kalbinnen zu 220—500 und 36 Jungrinder zu 90—200 M. pro Stück. Trotz der anziehenden Preise für Zucht- und Nutzvieh war bei lebhaftem Handel fast die ganze Anfuhr abzusetzen. — Am Schweinemarkt in Wolfach am 27. Februar waren 15 Ferkel zu 30—45 M. bei mäßigem Geschäftsgang angeboten.

Vom Weinhandel. Die letzten Weinversteigerungen im **Markgräflerland** haben durchweg ein Anziehen der Preise gezeigt, ohne daß man aber dafür eine besondere Erklärung hätte. Stark begehrt ist 1923er, für den Preise bis zu 220 pro Ohm gefordert und bezahlt werden. In Winzerkreisen sieht man daher mit Spannung jeder neuen Versteigerung entgegen und man ist auch gespannt, ob sich bei der in Kürze stattfindenden Versteigerung in Auggen die Preise in gleicher Richtung bewegen.

Auf der Freiburger Weinbörse vom 28. ds. Mts. waren bei gutem Besuche größere Mengen als an der letzten Börse angeboten. Hauptsächlich hessische und elsässische Weine waren angeboten. Die Nachfrage blieb infolge vorsichtiger Zurückhaltung bei der Bedarfsdeckung gering. Es herrscht die Ansicht vor, daß die Preise ihren Höchststand erreicht haben. Angeboten waren auch Branntweine, und die teilweise zu letzten Preisen abgesetzt wurden.

Von den Holzversteigerungen. Bei den Holzversteigerungen, die in den letzten Tagen in den Bezirken **Waldkirch** und **Emmendingen** stattfanden, wurden fast durchweg Preise erzielt, die über dem **Doppelten** des Anschlags lagen. Man hat dabei vielfach den Eindruck, als ob die Bevölkerung noch unter der Einwirkung der Geldentwertung stände; anders kann man sich diese Steigerungswut nicht erklären. Bei dem jetzigen Geldmangel dürfte es aber manchem schwer fallen, bei dem Zahlungstermin seinen Verpflichtungen nachzukommen. — Die von verschiedenen Landwirten im Wiesental geforderten hohen **Holzpreise** haben der **Staatsanwaltschaft** in Lörrach zum Erlaß einer Verwarnung Anlaß gegeben, in der es u. a. heißt: Bei den Holzversteigerungen werden die Preise ohne jeden erkennbaren Grund wahnsinnig in die Höhe getrieben. Während nach eingeholtem Gutachten ein Preis von 13 Goldmark für einen Ster Buchenholz 2. Kl. als angemessen angesehen werden könne, werden die Preise bis zu 28 Goldmark und mehr hinaufgeboten. Die Staatsanwaltschaft wird in solchen Fällen unnachsichtlich wegen Preiswuchers strafend einschreiten und das zu übermäßigen Preisen gesteigerte Holz beschlagnahmen.

Süddeutsche Heu- und Strohpreise. Es notierten an der letzten Börse je 100 kg Wiesenheu 8—8,5 (unv.), Kleeheu 9 bis 10 (unv.), drahtgepreßtes Stroh 5,5—6 (unv.).

Verschiedenes

Die Lebenskraft des deutschen Volkes

Der **Deutsche Verein in Christiania** feierte Mitte Februar unter überaus zahlreicher Beteiligung der deutschen Kolonie und norwegischer Kreise das **Jubiläum seines 40jährigen Bestehens.** Bei diesem Anlaß hielt **Björn Björnson** eine Rede auf Deutschland und die Lebenskraft des deutschen Volkes. Er sprach von Deutschlands Zukunft und erzählte eine kleine Geschichte: Zwei Frösche, der eine ein Optimist, der andere Pessimist, fielen eines nachts in einen Milchnapf, und so sehr sie sich auch anstrengten, kamen sie nicht heraus. Schließlich gab der Pessimist seine Bemühungen auf und ging unter. Aber der Optimist strampelte weiter, und als der Morgen graute, merkte er, daß er festen Grund unter den Füßen hatte. Er stand auf — Butter. Björnsons Gleichnis erregte stürmischen Beifall.

Lawinenschäden

In den verschiedenen Kantonen der Schweiz haben Erhebungen stattgefunden, um den Schaden, der durch Lawinen angerichtet worden ist, festzustellen. Der Gesamtschaden beziffert sich auf über 1½ Millionen Franken, davon entfallen auf den Kanton Waadt rund 350 000, auf den Kanton Bern 317 000, auf Walis 200 000, auf St. Gallen 161 000 Franken.

Staatsanzeiger

Nr. 11 326. **Aufstellung der sogenannten Forensenlisten**

An die Gemeinden und Gemeindeaufsichtsbehörden

Nach § 22 der Ausführungsbestimmungen zum Einkommensteuergesetz vom 29. Januar 1923 (Reichsministerialblatt Seite 85) haben die Gemeinden ein Verzeichnis derjenigen natürlichen Personen anzulegen, welche in dem Gemeindebezirk eigenen oder gepachteten Grundbesitz oder eine gewerbliche Betriebsstätte haben, aber an einem anderen Orte des Reiches wohnen oder, ohne einen Wohnsitz im Reich zu haben, an einem anderen Orte im Reich bereits zur Einkommensteuer veranlagt waren (sogenannte Forensenlisten).

Mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, welche die Beschaffung der Unterlagen für die Aufstellung der Liste den Gemeinden bereitet, hat sich das Landesfinanzamt damit einverstanden erklärt, daß die Aufstellung und Weiterbehandlung dieser Listen durch die Gemeinden bis auf weiteres unterbleibt.

Karlsruhe, den 26. Februar 1924

Der Minister des Innern
Remmele

Nr. 16 442.
Norm. XVI[2] **Verwendung von Zuchthengsten**

An die Bezirksämter

Es sind neuerdings Klagen darüber eingelaufen, daß vielfach nicht gekörte Hengste auch zum Decken von Stuten verwendet werden, die dem Hengstbesitzer nicht selbst gehören. Dies ist nach Art. 1 und 4 des Gesetzes vom 9. April 1880, „die Verwendung von Zuchthengsten" verboten und strafbar.

Karlsruhe, den 29. Februar 1924

Der Minister des Innern
Remmele

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Konsularische Vertretung Dänemarks

Herr Sören Peter Frydenbahl Seest ist zum königl. dänischen Konsul in Mannheim ernannt worden. Nachdem ihm namens des Reichs das Exequatur erteilt worden ist, wird er zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden hiermit zugelassen.

Karlsruhe, den 28. Februar 1924

Badisches Staatsministerium
Köhler

Regierungsbauführer Edgar Hotz in Karlsruhe ist auf sein Ansuchen in der Liste der Regierungsbauführer gestrichen worden.

Karlsruhe, den 28. Januar 1924.

Der Badische Arbeitsminister
J. V.: Fuchs. Frank.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw.

der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

In den Ruhestand versetzt auf Ansuchen:

Revisionsoberinspektor Gottfried Isele beim Bezirksamt Waldshut.

In den einstweiligen Ruhestand versetzt:

Revisionsoberinspektor Ludwig Schmitt beim Bezirksamt Heidelberg.

Justizministerium

Zugelassen als Rechtsanwälte:

Gerichtsassessor Dr. Fridolf von Rohland beim Landgericht Freiburg, Gerichtsassessor Dr. Wolfram Rombach beim Landgericht Offenburg, Gerichtsassessor Dr. Ernst Weißmann beim Landgericht Mannheim, Gerichtsassessor Franz Schandelmaier beim Landgericht Freiburg.

Ernannt:

Generalstaatsanwalt Franz Schlimm am Oberlandesgericht sowie die Landgerichtsdirektoren Dr. Christoph Grosselfinger in Offenburg, Dr. Karl Vischer in Mannheim und Hermann Kirsch in Karlsruhe zu Landgerichtspräsidenten und zwar Schlimm in Mannheim, Dr. Grosselfinger in Offenburg, Dr. Vischer in Heidelberg und Kirsch in Mosbach, Oberlandesgerichtsrat Karl Buzengeiger zum Senatspräsidenten beim Oberlandesgericht, Oberregierungsrat Dr. Karl Hafner beim Justizministerium zum Generalstaatsanwalt am Oberlandesgericht und zugleich zum Ministerialrat im Justizministerium, Staatsanwalt Alfred Stockert in Karlsruhe zum Oberregierungsrat im Justizministerium, Oberstaatsanwalt Dr. Karl Rudmann in Karlsruhe zum Landgerichtsdirektor daselbst, die Landgerichtsräte Otto Straub in Waldshut, Dr. Hermann Weindel in Heidelberg, Julius Federer in Konstanz und Wilhelm Eggler in Offenburg zu Landgerichtsdirektoren und zugleich zu Amtsrichtern daselbst, Landgerichtsrat Dr. Arthur Maischhofer in Karlsruhe zum Landgerichtsdirektor und Vorsitzenden einer Kammer für Handelssachen daselbst, Landgerichtsdirektor Dr. Richard Kurzmann in Mosbach, die Oberamtsrichter Dr. Friedrich Müller in Karlsruhe und Dr. Jakob Kley in Mannheim sowie Landgerichtsrat Dr. Johann Wolfhard in Mannheim zu Amtsgerichtsdirektoren und zwar die beiden ersteren in Karlsruhe, die beiden letzteren in Mannheim, die Staatsanwälte Dr. Josef Mayer in Lörrach und Dr. Wilhelm Haas, in Heidelberg zu Oberstaatsanwälten, ersterer in Heidelberg, letzterer in Mosbach, Staatsanwalt Alfred Burger in Offenburg zum Leiter der Zweigstelle Lörrach der Staatsanwaltschaft Freiburg, Oberamtsrichter Dr. Leonhard Bender in Mosbach zum Staatsanwalt in Heidelberg, die Landgerichtsräte Dr. Friedrich Ott in Karlsruhe und Otto Burger in Mannheim zu Amtsrichtern, ersterer in Karlsruhe, letzterer in Mannheim.

Versetzt:

Landgerichtspräsident Dr. Alfred Grosch in Mosbach nach Freiburg, Oberstaatsanwalt August Mehl in Mosbach und Staatsanwalt Dr. Dagobert Moericke in Konstanz nach Karlsruhe, die Landgerichtsräte Ludwig Hessel in Mosbach und Dr. Erwin Diebold in Mannheim nach Freiburg, Oberamtsrichter Emil Berrsche in Waldshut nach Durlach, Amtsrichter Oskar Hochreuther in Offenburg nach Lörrach.

Justizassistent Erwin Bühler beim Notariat Graben zum Notariat Philippsburg.

Entlassen auf Ansuchen:

Landgerichtsrat Dr. Moritz Elsasser in Heidelberg.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Zuruhegesetzt auf Ansuchen:

Ministerialoberregistrator Friedrich Heuß beim Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Ministerium der Finanzen

In den einstweiligen Ruhestand versetzt auf Ansuchen:

Domänenrat Friedrich Zimmermann in Offenburg.

In den einstweiligen Ruhestand versetzt:

Domänenrat Julius Fehrenbach in Bruchsal.

Rechnungshof:

In den einstweiligen Ruhestand versetzt:

Oberrechnungsrat K. Will, die Revisionsoberinspektoren W. Gaiser, Hermann Höllischer und Philipp Bissinger.

In den dauernden Ruhestand versetzt:

Oberrechnungsrat Karl Lentz, Revisionsoberinspektor Heinrich Theobald auf Ansuchen.

Nadelstammholz-Verkauf

des staatl. Forstamtes Baden am 10. März 1924 etwa 500 Festm. in 9 Losen.

Schriftliche Angebote sind bis spätestens Montag, den 10. März, vorm. 11 Uhr, in Prozenten der bad. Goldmarkpreise an das Staatl. Forstamt Baden, Schloßkellerstr. Nr. 2 einzureichen. Losverzeichnisse und nähere Auskunft durch das Forstamt. B.656

Nutzholzversteigerung

des staatl. Forstamtes Heidelberg am Montag, den 10. März, vormittags 1/2 10 Uhr, im Nebenzimmer des Ausschanks der Brauerei Kleinlein, Hauptstr. 115 in Heidelberg, aus dem Cameralwald bei Ziegelhausen: 176 Eichen I—VI, 82 Buch. I—V, 41 Birken IV—VI, 28 Kastanien, Linden, Ahorn und Erlen V—VI, 143 Lärchen III—VI, 457 Forlenabschnitte I—III, 142 Fichtenstämme und Abschnitte, sowie 18 Ster Eichennutzscheiter. Auszüge durch das Forstamt gegen eine G.-M. B.663

Moninger „Stammquell“

das dunkle Spezialbier
in hervorragender Qualität

D.153

Brauerei Moninger
Karlsruhe

Zwangsversteigerung

Am Montag, den 3. März 1924, nachm. 2 Uhr, werde ich im Pfandlokal, Steinstr. 23 hier, gegen Barzahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern: B.656

1 Schreibmaschine u.a.m.

Karlsruhe, 29. Febr. 1924.

Maier,
Gerichtsvollzieher.

Badische Bank
Mannheim — Karlsruhe
B.898
Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen.

Eine leistungsfähige Buntweberei
in Köperregatta, Taschendrell, Nova, Nessel, auch doppeltbreite etc., sucht für Karlsruhe einen gut eingeführten
branchekundigen Vertreter
Angebote unter D. 156 an die Expedition der Karlsruher Ztg.

Badisches Landestheater.
Sonntag, 2. März. 3 b. n. 1/2 5 Uhr. Sp. I 2.00 M.
Rotkäppchen.

Sonntag, 2. März. 1/2 7—1/2 10 Uhr. Sp. I 7.20 M.
Th.-Gem. B.V.B. Nr. 501—700.
Die Fledermaus.

Konzerthaus Karlsruhe.
Sonntag, 2. März. 7—1/2 10 Uhr. Park. I 3.00 M.
Der Mustergatte.

Thürmer-Pianinos
Außergewöhnlich gute, schöne und preiswerte Pianinos mittlerer Preislage

Mannborg-Harmoniums
Fabrikat von Weltruf

empfiehlt der Alleinvertreter
Ludwig Schweisgut
4 Erbprinzenstraße 4
D.151

Thüringer Schinkenspeck
per Pfund Mark 2.— D.157
Nordd. Wurstwaren und Feinkostwaren aller Art
Wilh. Ganz, Kaiserstr. 239

G. BRAUN
(vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag)
G. m. b. H.
Karlsruhe i. B. Karlfriedrichstr. 14
Modern eingerichtete leistungsfähige Buchdruckerei
Herstellung von Werken Zeitschriften und Drucksachen jeder Art
Schnelle und sorgfältige Ausführung

Saatkartoffeln
Erfurter Gemüse- und Blumensamen
empfiehlt sortenecht und zuverlässig
Friedrich John Nachf.
Erfurt 19
Neueste Preisliste auf Verlangen
D.81

Städtisches Fröbelseminar
Mannheim E 5, 16.
Beginn neuer Lehrgänge zur Ausbildung von Jugendleiterinnen, Kindergärtnerinnen, Fröbelschen Kinderpflegerinnen
am 5. Mai 1924.
Auskünfte und Anmeldungen durch D.53
Die Seminarleitung.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.

Nachdem unter dem Viehbestand des Karl Barth in Knielingen, Eisenbahnstraße 20, die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, werden folgende Anordnungen getroffen:

Das Seuchengehöft bildet einen Sperrbezirk.

Um denselben wird ein Beobachtungsgebiet bestehend aus der Gemeinde Knielingen gebildet.

In den Umkreis von 15 Km. vom Seuchenort Knielingen entfernt fallen vom Amtsbezirk Karlsruhe folgende Gemeinden: Bulach, Eggenstein, Forchheim, Karlsruhe, Leopoldshafen, Welschneureut und Teutschneureut. Für den Sperrbezirk, das Beobachtungsgebiet und den 15 Km.-Umkreis gelten die Vorschriften der §§ 158—168 der Ausführungsvorschriften zum Viehseuchengesetz. B.654

Karlsruhe, den 27. Februar 1924. O.Z. 16

Bezirksamt Abt. II.

Metallbetten
Stahlmatr., Kinderbett., direkt an Private. Katalog 78 R frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Maskenkostüme
zu verleihen. D112
Kreuzstraße 7, Seitenbau II. Stock bei Kumm.

Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie

Herausgegeben und eingeleitet von Professor Karl Diehl und Professor Paul Mombert

Band I: Zur Lehre vom Geld, I. Teil
Band II: Der Arbeitslohn
Band III: Von der Grundrente
Band IV: Wert und Preis, I. Teil
Band V: Wert und Preis, II. Teil
Band VI: Bevölkerungslehre
Band VII: Wirtschaftskrisen
Band VIII: Kapitalzins und Unternehmergewinn
Band IX: Freihandel und Schutzzoll
Band X: Zur Lehre vom Geld, II. Teil
Band XI: Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus, I. Abteilung: Schriften von Hauptvertretern dieser Richtungen
Band XII: Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus. II. Abteilung: Programme und programmatische Kundgebungen
Band XIII: Grundsätze der Besteuerung
Band XIV: Sozialpolitik
Band XV Kapital und Kapitalismus
Band XVI: Das Staatsschuldenproblem

Ausführliche Drucksachen kostenfrei.

Verlag G. Braun, Karlsruhe, Karlfriedrichstraße 14.

Detektiv-Institut „Argus“ Mannheim
O. 6. 6.
Planken B.47
Fernspr. 5305
A. Maier & Co., G. m. b. H.

Druck G. Braun, Karlsruhe.